

Vom „Primat der Politik“

Die wenigsten wissen, dass es die **Jakobiner** waren, die zuerst das „Primat der Politik“ verkündeten. Dies bedeutete bei ihnen: politisches Obereigentum, Manipulation eines verstaatlichten Geldes (erstes Papiergeldexperiment!); Freiheit, Eigentum und Privatsphäre der Bürger zur Disposition der Politik bzw. der jeweils herrschenden Parteimeinung. Dieser „Primat der Politik“ war auch die Leitparole der folgenden Revolutionen bis hin zum Nationalsozialismus, der unter dieser Formel die kriegswirtschaftliche Umstellung der deutschen Wirtschaft betrieb. Dieser „Primat“ geht weit über die alte Lehre von der „Staatsraison“ hinaus. Der Staat, überhaupt nur vertretbar als Einrichtung zur Sicherung der Freiheit des Einzelnen, stellt diese Freiheit zur Disposition, um eigene Zwecke (Machtausweitung der politischen Klasse) zu verfolgen. Er begibt sich seiner dienenden Funktion und schwingt sich zum Herrn gegenüber seinen Auftraggebern auf. Das „Primat der Politik“ steht über allen planwirtschaftlichen, wohlfahrtsstaatlichen oder keynesianischen Experimenten und jüngstens über der geforderten Finanzmarktregulierung.

Bedenken wir: Nicht die Autonomie des Marktes oder der Primat der Ökonomie war es, der uns in die gegenwärtige Krise gestürzt hat, sondern bereits dieser „Primat der Politik“. Am verhängnisvollsten ist der Primat der Politik in der Währungsfrage: Dies begann mit der Durchsetzung eines staatlichen Papiergeldmonopols zur bequemeren Kriegsfinanzierung (1914), damals setzte sich der **„Geldsozialismus“** durch; seither haben wir wiederholt eine Vermehrung der Geldmenge über Notenpresse und eine skrupellose Manipulation der Zinsen, des damit verfälschten wichtigsten Preises einer Volkswirtschaft, erlebt. Am Anfang der jüngsten Krise stand die amerikanische Sozialpolitik: man meinte, selbst Sozialhilfeempfänger müssten Hausbesitzer werden – das Ende ist bekannt: der Zusammenbruch des Hypothekenmarktes. Hauptverantwortliche: die Regierungen Clinton und Bush und die FED, die amerikanische Zentralbank.

Der **„Primat der Politik“ stand am Anfang der Europäischen Währungsunion**. Ökonomen warnten damals vor einer einheitlichen Geldpolitik in divergierenden Wirtschaftsräumen mit so verschiedenen Haushalts-, Finanz- und Lebenstraditionen. Ein „Primat der Politik“ war auch der **Putsch der versammelten Staatschefs und Finanzminister vom 9. Mai 2010**, der kollektive Vertragsbruch, der die ursprüngliche Euro-Konstruktion in die Luft sprengte und die EZB zu einer „Bad-Bank“ herabwürdigte. Der Präsident der EU-Kommission, Barroso, Vertreter eines finanziell besonders bedrohten Landes, hat die Parole ausgegeben: Rettung des Euro **um jeden Preis!** Es war ferner auch der Primat der Politik, der glaubte, Konjunkturreinbrüche mit viel Geld verhindern zu können und der damit die dringende Bereinigung und Anpassung der Wirtschaft, nicht verhindert sondern verschiebt und teurer macht. Versucht man jetzt im Zeichen des „Primates der Politik“ zum Beispiel Kreditausfallversicherungen (CDS) zu verbieten, wird dies nur dazu führen, dass Griechenland und andere Länder am Abgrund den Käufern ihrer Staatsanleihen noch höhere Zinsen zahlen müssen (dies konnte man sogar von einem hohen Beamten der EU-Kommission hören!) Ohne CDS können Anleger zum Beispiel die Griechen-Bonds nicht mehr gegen Ausfall absichern und sie würden deshalb möglicherweise noch höhere Risikoaufschläge verlangen als jetzt.

Wo die Politik ihren Willen gegen die bewährten und unwiderlegbaren Erfolgsregeln der Ökonomie durchzusetzen sucht, wird sie sich am Ende immer einen blutigen Kopf holen. **„Ordnungspolitik“ ist Erfolgspolitik auf lange Sicht**. Es gibt „Naturgesetze der Wirtschaft“, die sich aus der Struktur des menschlichen Handelns ergeben, gegen die jede Politik vergeblich wütet. Das Bedauerliche sind nur die unnötig hohen Kosten, die jetzt z. B. durch das Bemühen ökonomischer Dilettanten verursacht werden, aus Prestige Gründen „um jeden Preis“ ein in dieser Form unhaltbares Konstrukt zu retten.